



Bild: Leonid Tit, Fotolia

Open Grid Europe setzt auf grünes Gas

Ein CO₂-Preis und Power-to-Gas als Klimaschutzinstrumente gewinnen Befürworter.

KLIMASCHUTZ. Simple Duplizität der Ereignisse – oder ist der Zeitgeist jetzt so weit? Am Tag, als sich der Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer, für eine CO₂-Bepreisung mit 30 bis 35 Euro pro Tonne stark machte, war eine solche Lenkungsabgabe auch beim „Energiepolitischen Dialog“ des Essener Gasnetzbetreibers Open Grid Europe (OGE) vehementes Thema – und stieß dort keinesfalls nur auf Gegner.

Wie die Zeche für die Energiewende zu bezahlen sei, lautete die Hauptfrage der Dialogveranstaltung, die man sinnigerweise auf der verglasten Beletage der Zeche Zollverein austrug. Wo bis 1986 heimische Steinkohle gefördert wurde, hat der Strukturwandel neben das Ruhrland-Museum auch einen Campus der Folkwang-Universität gepflanzt. Unesco-Welterbe – und damit auch Touristenziel – ist die alte Industrieanlage seit 2001 obendrein.

Womöglich diesen Strukturwandel hatte Thomas Jorberg als Vorstandssprecher der sozialökologischen GLS-Bank vor Augen, als er forderte, das EEG durch eine CO₂-Abgabe zu ersetzen. Sie könne neutral ausfallen, wenn dafür andere Abgaben wegfielen, und müsste bei mindestens 40 Euro pro Tonne liegen, forderte Jorberg: „Dann brauchen wir nicht mehr über Braunkohle zu reden.“

Die CO₂-trächtige Energie aus den umstrittenen Tagebauen werde damit automatisch unrentabel, während derzeit eher schlafende moderne Gaskraftwerke stärker zum Zuge kämen.

OGE-Geschäftsführer Jörg Bergmann befürwortet ebenfalls eine CO₂-Verteuerung als wettbewerbliches Instrument. Dennoch sei er sich nicht sicher, ob 35 bis 40 Euro pro Tonne „den Kleinen nutzen oder doch eher der deutschen Industrie schaden.“ Auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) ließ erkennen, dass man eine angemessene CO₂-Bepreisung nicht unbedingt für Teufelswerk hält.

„Man kann es vereinfachen, alle Energiesteuern und -abgaben gehören sowieso auf den Prüfstand“, sagte Michael Wübbels, stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Energiewirtschaftsexperte des VKU. Eine wie auch immer geartete Abgabe auf anfallendes Kohlendioxid dürfe jedenfalls nicht bloß den Stromsektor treffen, sondern müsse alle energieintensiven Bereiche einbeziehen. So werde auch Potenzial geschaffen, Ausgleichs vorzunehmen, wo sie nötig seien.

Forderungen nach Marktrahmen für Power-to-Gas

Wird die Energiewende überhaupt so teuer, wie man es jahrelang angenommen hat?

Auf der Erzeugungsseite sicherlich nicht, meinte Udo Sieverding, Bereichsleiter Energie der Verbraucherzentrale NRW. „Die sich weiter verbilligende Photovoltaik wird alles in Grund und Boden rennen“, ist er sich sicher. Eine Leistung von 190 000 MW im Jahr 2050 werde „überhaupt nichts Revolutionäres“ sein. „Und ein Riesenglück für die Haushalte und ihren Bedarf an Strom, Wärme und Mobilität.“ Bei diesem großen Strukturwandel-Projekt werde es Gewinner und Verlierer geben.

Nun braucht die neue Energiezeit aber nicht nur Klimaschutz und Bezahlbarkeit, sondern auch Verfügbarkeit. Die OGE als bedeutender Transporteur von Erdgas sieht ihre Chance künftig darin, dass ihre Pipelines mit zunehmend grünem Inhalt gefüllt werden. Power-to-Gas wäre dafür eine Lösung, mit der man – etwa aus überschüssiger Windenergie – gleichermaßen synthetisches Erdgas wie auch Wasserstoff erzeugen kann.

Und tatsächlich hat OGE im Sommer mit dem Stromnetzbetreiber Amprion ein gemeinsames Projekt zur Sektorkopplung verabredet. Womöglich in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen soll eine Power-to-Gas-Anlage mit einer Leistung zwischen 50 und 100 MW errichtet werden, die volatil erzeugten Strom speicherbar macht. Es wäre die erste in dieser Größenordnung.

Freilich krankt die Technologie gegenwärtig daran, dass „sie sich volkswirtschaftlich rechnet, betriebswirtschaftlich aber noch nicht“, wie es OGE-Chef Bergmann formulierte. Sein Aufsichtsrat sei bei Power-to-Gas wohl auch mit weniger Geld zufrieden – „aber Geld verbrennen soll ich nicht“.

Derzeit zielen die Begehrlichkeiten der Projektpartner in Richtung Berlin, wo die Bundesregierung einen verlässlichen Rechtsrahmen schaffen müsse und zuerst einmal einen Ansprechpartner. Unterstützung kommt aus dem NRW-Wirtschaftsministerium, wo Energie-Abteilungsleiter Michael Gessner Power-to-Gas für „einen der clevereren Wege“ hält. Man wolle – so sagte er – einen Marktrahmen, der Power-to-Gas fördere.

Gewisse Erwartungen richten sich auch deswegen an das Klimaschutzgesetz, das vielleicht im kommenden Jahr beschlossen werden könnte. Allerdings herrschte in Essen nüchterne Skepsis: „Die Große Koalition wird wohl nicht die Kraft haben, das in dieser Legislatur mit einer umfassenden Reform zu lösen“, mutmaßte VKU-Mann Wübbels. Und Öko-Banker Jorberg orakelte: „Die Rechtsprechung – so fürchte ich – wird schneller sein als die Politik.“ ■

TOM JOST

© 2018 by Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Dieser Artikel und alle in ihm enthaltenen Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers unzulässig und wird strafrechtlich verfolgt. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen und die Weitergabe in elektronischer oder gedruckter Form.

Bitte sprechen Sie uns unbedingt an, bevor Sie diesen Artikel weiterleiten oder anderweitig verwenden. Vielen Dank!